

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr 238

Samptschrifteleiter: Dr. Eberth, Leipzig

Montag, den 23. Juni

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1919

Bedingungslose Unterzeichnung

Der neue Beschluß der Nationalversammlung

Weimar, 23. Juni. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Bauer, daß nachdem die Alliierten die bedingte Unterzeichnung abgelehnt und eine Unterzeichnung der Festsitzung abgelehnt haben, die Reichsregierung genötigt sei, der Nationalversammlung den Vorschlag zu machen: Unterzeichnen wir...

Die Unterzeichnung

Von Dr. Johannes Jundt.

Es ist nicht leicht, heute die rechten Worte zu finden. Einem väterlich empfindlichen Herzen ist in den letzten Tagen fast zu viel zugemutet worden. Am liebsten möchte man das Haupt beugen und schweigen. Die Qual ist auch noch nicht zu Ende. Schon die kurze Meldung, daß die Entente den letzten Wunsch der deutschen Regierung abgelehnt hat, weist auf den unerbittlichen Starbann der Sieger hin. Und demnach wird man noch den Hohn der Pariser Presse, der "Times" und ihrer Schwestern gleicher Sorte, hinunterzuschlucken müssen.

Die Note der Entente

Eine neue Kabinettskrisis. - Wiederholung der Abstimmung. Weimar, 23. Juni. (Drahtbericht.) Unseres Weimarer Sonderberichterstatters. Nach der Ankunft der abgelehnten Note der Entente trat, wie im Morgenblatt gemeldet, das Kabinett zur Beratung zusammen und las sie u. a. den Beschlüssen, die Entente um eine Verlängerung der Frist um 48 Stunden zu ersuchen. Es wurde eine Note abgefaßt, die dieses Verlangen damit begründet, daß das die Regierung erteilte Mandat nur für die bedingte Unterzeichnung ausreichte und daß deshalb, um den Frieden nach demokratischen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der inneren deutschen Verhältnisse abzuschließen, eine zweite Abstimmung der Nationalversammlung notwendig sei.

Erzberger bleibt in der deutschen Waffenstillstandskommission

Weimar, 23. Juni. (Drahtbericht.) Erzberger, der das Reichsfinanzministerium übernommen hat, wird auch weiterhin die mit der deutschen Waffenstillstandskommission verbundenen Geschäfte leiten. Die in den Gegenseitigen vorgeschlagenen anhängige Kommission, die die Verhandlungen mit der feindlichen Kommission führen soll, wird auch unter der Leitung Erzbergers stehen, so daß in seinen Händen die Abwicklung des Friedensschlusses liegen wird.

Die Antwort auf die deutschen Rückfragen

- 1. Die am 19. Juni abgetretenen 200 Exemplare, enthaltend alle Veränderungen und Änderungen, sind als authentischer Text zu betrachten.
2. Die Erklärungen auf Seite 7 bzw. 42/43 des Memorandums widersprechen einander nicht, vielmehr ergänzen sie einander.
3. Die Alliierten haben immer erklärt, daß Frankreich die gesamten öffentlichen Schulden und die Schulden der öffentlichen Anstalten in Elsaß-Lothringen übernehmen wird.
4. Bezüglich der Kommission für die Oberelbe ist kein Widerspruch zwischen Memorandum und Artikel 45 zu entdecken.
5. Zur Frage der Abdrückung Helgolands haben die Alliierten schon auf Seite 17 des Memorandums ihre Absicht erklärt, eine Kontrollkommission einzusetzen, die bestimmen wird, welche Teile der Befestigungen als Schutz der Küste gegen die Vagareien des Meeres erhalten bleiben dürfen.
6. Die alliierten und assoziierten Mächte betrachten die deutschen Eisenbahnen und Gruben in Schantung als öffentliches Eigentum und haben nie etwas anderes erklärt.
7. Die Entente möchte die Absicht haben, die Entschädigungskommission das Recht zu geben, die Mitteilung von Fabrikations-angelegenheiten und andere vertrauliche Aufzeichnungen zu verlangen.
8. Auf Seite 34 des Memorandums ist keine bestimmte Art der Entschädigungsstillung festgelegt.
9. Die Entente möchte die Absicht haben, die Entschädigungskommission das Recht zu geben, die Mitteilung von Fabrikations-angelegenheiten und andere vertrauliche Aufzeichnungen zu verlangen.
10. Die Neuherausgaben auf Seite 36 des Memorandums über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen kann nicht als festes Versprechen angesehen werden.
11. In den Bestimmungen über die Weidenausfuhr der Reichsbank sind keine Widersprüche zu finden.
12. Die Entente möchte die Absicht haben, die Entschädigungskommission das Recht zu geben, die Mitteilung von Fabrikations-angelegenheiten und andere vertrauliche Aufzeichnungen zu verlangen.

Herr v. Haniel zum Bevollmächtigten ernannt

Verfaillés, 23. Juni. (Drahtbericht.) Die deutsche Reichsregierung hat in einer vom Reichspräsidenten Ebert unterschriebenen Note dem Gesandten v. Haniel, der jetzt die deutsche Delegation in Verfaillés vertritt, die Vollmacht übertragen, Verhandlungen über den Abschluß des Friedens zu führen, Unter- und Beschlüssen zu geben und Unter- und Beschlüssen zu geben und Unter- und Beschlüssen zu geben.

Rücktritt des preussischen Kabinetts?

Berlin, 23. Juni. (Drahtbericht.) Die Frage, ob das preussische Kabinett zurücktreten wird, ist noch nicht geklärt. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß das preussische Staatsministerium einige Veränderungen erfahren wird. Wie man hört, soll auch der preussische Ministerpräsident Hirsch die Absicht haben, von seinem Amte zurückzutreten.

Zur Versenkung der deutschen Kriegsschiffe

Konteradmiral Reuter übernimmt die Verantwortung. Amsterd., 23. Juni. (Drahtbericht.) Das Reutersche Bureau meldet aus London: Es verlautet, daß der Konteradmiral von Reuter die volle Verantwortung für die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe übernimmt, und zwar auf Grund eines von dem früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

Vertical text on the left margin, likely from a book or index, including names and dates.

Vertical text on the right margin, likely from a book or index, including names and dates.